

Antrag Nr.: A0213/21  
Datum: 12.05.2021

## **A N T R A G**

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Gegenstand:**

Tempo 30 als Regelhöchstgeschwindigkeit in einem Stadtgebiet erproben – für mehr Sicherheit, weniger Lärm und bessere Luft

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. sich gemeinsam mit der Stadt Leipzig, weiteren Städten und dem deutschen Städtetag für die Umsetzung des Beschlusses vom 17.1.2020 im Deutschen Bundestag zur Erprobung eines generellen Tempolimits von 30 km/h in Modellprojekten einzusetzen;
2. die Rahmenbedingungen für den Modellversuch zur testweisen Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts in mindestens einem abgegrenzten Stadtgebiet zu untersuchen, den Inhalt einer wissenschaftlichen Begleitung abzustimmen, sowie den Modellversuch anschließend durchzuführen;
3. bis 31.10.2021 dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften einen Vorschlag zu unterbreiten, welche abgegrenzten Stadtgebiete in Dresden für diesen Modellversuch geeignet wären;

4. sich im Rahmen der Definition des Modellversuches dafür einzusetzen, dass der Versuchsaufbau so gewählt wird, dass neben der Betrachtung der Verkehrsströme auch Veränderungen in der Verkehrssicherheit und die Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr und die Höhe der Schadstoffemissionen untersucht werden;
5. die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) in die Gestaltung des Verkehrsversuches einzubeziehen.

<b>Beratungsfolge</b>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	17.05.2021	nicht öffentlich	zur Information
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Stadtbezirksbeirat Altstadt		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Blasewitz		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Cotta		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Klotzsche		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Leuben		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Loschwitz		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Neustadt		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Pieschen		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Plauen		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Prohlis		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Altfranken		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Cossebaude		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Gompitz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Langebrück		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Mobschatz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Oberwartha		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönborn		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Weixdorf		öffentlich	beratend
Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

## **Begründung:**

Im Dezember 2019 beantragten die Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/15779), es „Kommunen durch eine Veränderung der gesetzlichen Vorgaben zu erleichtern, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen (Punkt 13) und weiter in Modellprojekten zu untersuchen, wie es sich auf den Straßenverkehr in Kommunen auswirkt, wenn ein generelles Tempolimit von 30 km/h angeordnet und nur auf Hauptverkehrsstraßen Tempo 50 zugelassen wird (Punkt 14).“

Am 17. Januar 2020 wurde dies im Bundestag beschlossen.

In den Debatten zum Antrag von CDU/CSU und SPD „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr“ wiesen Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion in ihren Reden darauf hin, dass Sicherheit im Radverkehr angesichts einer steigenden Zahl an Radfahrern neu überdacht werden müsse. Radfahrer müssten sich sicher fühlen, dann würden sie das Fahrrad nutzen, was besonders Familien betreffe. Die Rahmenbedingungen sollten für den Radverkehr verbessert werden, da dies ein wichtiger Baustein für eine urbane und mobile Verkehrsnutzung sei. Nur so könne der Radverkehr gesteigert und damit einen Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Einhellig legten die Redner von CDU/CSU einen Schwerpunkt auf Vision Zero, also das Ziel die Zahl der Verkehrstoten auf Deutschlands Straßen auf null zu reduzieren.

Eines der Mittel, um die Verminderung der Unfälle zu erreichen ist die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30. Im Antrag von CDU/CSU und SPD im Bundestag wird vorgeschlagen, dies in Modellprojekten zu erproben und die Auswirkungen zu untersuchen.

Mit diesem Antrag soll der Beschluss des Bundestags umgesetzt und Modellprojekte in Dresden und weiteren Städten durchgeführt werden. In der Stadt Leipzig wurde ein entsprechender Beschluss bereits gefasst.

Auch in Dresden gibt es einen problematischen Anstieg an Unfällen mit Beteiligung von Radfahrenden, obwohl verschiedene Konzepte, wie das Radverkehrskonzept oder der Verkehrsentwicklungsplan, eine Senkung der Unfallzahlen zum Ziel haben.

Dieser Antrag ist ein Schritt hin zu mehr Verkehrssicherheit im Radverkehr und im Fußverkehr auf Dresdens Straßen.

Christiane Filius-Jehne  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnes Scharnetzky  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **Anlagenverzeichnis:**

-